

STUTTGARTER ZEITUNG

StZPlus Bürokratieabbau

Stuttgarts Kampf gegen Bürokratie weckt Interesse in Übersee

01.09.2024 - 12:04 Uhr

Eine Initiative aus Stuttgart zum Bürokratieabbau weckt von Berlin bis New York Interesse. Doch werden die Ideen auch von der Landesregierung berücksichtigt, die sich Bürokratieabbau auf die Fahnen geschrieben hat?



Annika Grah

Es ist doch eher ungewöhnlich, dass lokale Initiativen aus dem Schwäbischen jenseits des Atlantiks Beachtung finden. Doch Claus Paal hat es geschafft. Im April zitierte die „New York Times“ den Präsident der IHK Region Stuttgart und berichtete über seinen Kampf gegen die Bürokratie.

Dass die US-amerikanische Zeitung auf die IHK Region Stuttgart aufmerksam geworden ist, kommt nicht von ungefähr. Vor gut einem Jahr bat die Kammer ihre Mitglieder um Beispiele überbordender Bürokratie, um sie mit Hilfe künstlicher Intelligenz zu beackern. Viele hundert Meldungen sind eingegangen. Zudem wurden Einzelnormen im Landesrecht Baden-Württembergs untersucht. Herausgekommen sind hunderte Berichts- und Dokumentationspflichten sowie Schriftformerfordernisse, die nach Einschätzung der IHK vereinfacht werden könnten.

Elektronische Erklärungen, automatische Genehmigungen

Die Ideen reichen von elektronischen Erklärungen, die die Schriftform ablösen könnte, bis hin zu einer Genehmigungsfiktion, wenn Behörden nicht binnen acht Wochen entschieden haben. Außerdem könnten Schwellenwerte bei Mitarbeiterzahl und Umsatz erhöht werden, sodass kleine Betriebe entlastet werden. Statistische Meldungen, so die Forderung, sollten automatisiert möglich sein, Daten von Behörden nicht doppelt erhoben werden.

Die Vorschläge klingen so plausibel, dass nach dem Artikel der „New York Times“ auch in Berlin Interesse geweckt wurde. Das Bundeskanzleramt, der CDU-Bundestagsabgeordnete Ralph Brinkhaus und das Bundeswirtschaftsministerium klopfen bereits in der Jägerstraße in Stuttgart an. Im September werden weitere Gespräche geführt.

Die Verbände sind bisher nicht überzeugt

Und im Land? Im Südwesten hatten sich eigentlich Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und sein Staatsminister Florian Stegmann den Bürokratieabbau als Großprojekt vorgenommen. Nicht ganz freiwillig: Nachdem acht Verbände einen Brandbrief an das Staatsministerium gesandt hatten, war die „Entlastungsallianz“ aus der Taufe gehoben worden. Bisher sind die Wirtschaftsvertreter aber wenig zufrieden mit dem, was die Politik umsetzen will.

Die Vorschläge der IHK fanden dort überhaupt keinen Widerhall. Dabei lobte Stegmann die Initiative als „vorbildlich“. Die Vorschläge für Dokumentations- und Berichtspflichten seien eine hilfreiche Arbeitsgrundlage. Sie zu prüfen, nehme erfahrungsgemäß aber einige Zeit in Anspruch. Im Herbst soll sich die Allianz damit befassen. Der IHK-Präsident Paal drängt indessen. „Die Wirtschaft wartet auf einen Befreiungsschlag“, sagte er. „Wir schauen uns die Politik der kleinen Schritte schon zu lange an, es bringt die Unternehmen aber nicht weiter.“

Dass es Bedenkenträger gebe sei Teil des Problems. „Wenn wir weiterhin jeden Einzelfall und jeden möglichen Verstoß bis ins kleinste Detail regeln wollen, werden wir die Bürokratie nicht beherrschen und erst recht nicht abbauen können.“ Im Landtag stoßen die Vorschläge auf Interesse. Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz hält das KI-Tool für vielversprechend. Die letzte Entscheidung müsse aber der Mensch treffen. Der FDP-Abgeordnete Erik Schweikert hat sich bereits mit den Vorschlägen befasst und hält es für einen klugen Schritt, Schriftformerfordernisse abzuändern.